

N i e d e r s c h r i f t

über die 8. Sitzung des Rates der Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 06.10.2010
- Öffentlicher Teil -

Sitzungsraum: Ratssaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 00:52 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach
Herr Tim Brühland
Herr Karl-Heinz Göbel
Herr Heinz-Jürgen Goldmann
Herr Markus Gronauer
Frau Gabriele Hackel
Herr Robert Helpenstell
Herr Karl König
Herr Bruno Kosmala
Herr Reinhard Ockel
Herr Harald Schlee
Herr Peter Werner

Mitglieder der Fraktion PETO

Herr Florian Große-Allermann
Herr Torsten Kinzel
Herr Karsten Köchling
Frau Jana Lang
Frau Janne Oberdieck
Herr Andreas Piana
Frau Lisa Riedel
Herr Max Riedel
Herr Lucas Risse
Herr Jens Timmermann
Herr Sven Timmermann
Frau Sabine Weber

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Alaattin Bayrak
Herr Jens Geyer
Herr Werner Goller
Herr Roland Gunia

Herr Thomas Heinen
Herr Helmut Nieswand
Frau Ursula Schlöber
Herr Alexander Schumacher

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell
Frau Andrea Stamm
Herr Dr. Norbert Stapper

Mitglieder der FDP-Fraktion

Herr Ulrich Anhut
Frau Marion Prondzinsky-Kohlmetz
Frau Dr. Doris Schröder-Weber

MfM

Frau Lilo Friedrich

Linke

Herr Benjamin Daniel Kenzler

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Annette Berg
Herr Martin Frömmer
Frau Gisela Herforth
Herr Max Herrmann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Georg Mittmann
Herr Georg Thomanek
Frau Marion Warden
Herr Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

von der Verwaltung

Herr Kurt Hundenborn
Herr Gerhard Mühler
Herr Uwe Trost

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Einführung und Verpflichtung von neuen Ratsmitgliedern VIII/0401
3. Kenntnisnahme der Niederschrift der 6. Sitzung vom 08.07.2010 - öffentlicher Teil -
4. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen VIII/0403
6. Neuorganisation des Sozialgesetzbuches Zweiter Teil (SGB II) im Kreis Mettmann VIII/0380
7. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Sicherstellung der Möglichkeit des Schulbesuches für Hartz-IV-Schüler" VIII/0405
8. Strategische Zielplanung VIII/0398
9. Abdeckung und Finanzierung zukünftiger Pensionslasten VIII/0390
10. Übernahme der Aufgaben der Rechnungsprüfung der Stadt Monheim am Rhein durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann VIII/0378/1
11. Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Kompromissvorschlag zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bebauung Baumberg-Ost" VIII/0410
12. 13. Änderung des Flächennutzungsplanes (Baumberg Ost) der Stadt Monheim am Rhein VIII/0340/1
 - Behandlung der Anregungen
 - Feststellungsbeschluss
13. Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 49.2 M "Körnerstraße" VIII/0320
 - Satzungsbeschluss
14. Bebauungsplan Nr. 57 B - Hauptstraße / Humboldtstraße / Fröbelstraße VIII/0346
 - Abwägung der eingegangene Anregungen
 - Satzungsbeschluss

- | | | |
|-----|--|-------------|
| 15. | Bebauungsplan Nr. 114M "Erweiterung Rathauscenter" 1. Änderung
- Satzungsbeschluss | VIII/0350 |
| 16. | Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen | VIII/0368 |
| 17. | Abwasserbeseitigungskonzept | VIII/0352 |
| 18. | Änderung der Anlage 1 zu § 5 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0336 |
| 19. | Erlass einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen vom 20.04.2010 | VIII/0349 |
| 20. | Satzung zur 1. Änderung der "Verwaltungsgebührensatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 19.12.2007" | VIII/0361 |
| 21. | Anpassung der Gesellschaftsverträge bzw. Satzungen der Beteiligungsunternehmen der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0387/3 |
| 22. | Verleihung des Integrationspreises 2010 der Stadt Monheim am Rhein | VIII/0392 |
| 23. | Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung -
- Ulla-Hahn-Haus | VIII/0374 |
| 24. | Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-Busch-Schule
- Information zur Kostensituation | VIII/0327 |
| 25. | Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien | VIII/0402 |
| 26. | Mündliche Mitteilungen | |
| 27. | Mündliche Anfragen | |

SITZUNGSERGEBNIS:

In öffentlicher Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist auf die Erweiterung der Tagesordnung um TOP 10, Vorlage VIII/0410, Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW – „Kompromissvorschlag zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes – Baumberg-Ost“, die nachgereichte Seite zu TOP 23, Vorlage VIII/0374, Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung und bei TOP 11 (neu 12) auf den Austausch der Vorlage VIII/0340/1 gegen die Vorlage VIII/0340/2, 13. Änderung des Flächennutzungsplanes (Baumberg-Ost) hin.

Der Bürgermeister gibt außerdem den Hinweis auf die zusätzlichen zur nichtöffentlichen Tagesordnung verteilten Unterlagen. Es handelt sich um die Anfrage der CDU-Fraktion hinsichtlich der Planung Baumberg-Ost, Grundstücksangelegenheit, die Antwort der Kreisverwaltung Mettmann und eine umfangreiche Stellungnahme der Verwaltung zu dieser und anderer Anfragen in dieser Angelegenheit an den Kreis Mettmann.

Da Herr Rainer Krause - Leiter des Kreissozialamtes - als Gast eingeladen wurde, um Erläuterungen zu TOP 21 „Neuorganisation des Sozialgesetzbuches Zweiter Teil (SGB II) im Kreis Mettmann abzugeben, schlägt der Bürgermeister vor, die Beratung der Vorlage als TOP 6 vorzuziehen.

Der Bürgermeister regt außerdem an, die „neuen“ Tagesordnungspunkte 11 und 12 (Kompromissvorschlag zur 13. Änderung des FNP und 13. Änderung des FNP) gemeinsam aufzurufen und zu behandeln, da es sich um den gleichen Themenkomplex handelt.

Der Rat stimmt der Erweiterung und der geänderten Reihenfolge der Tagesordnung zu.

Auf Nachfrage des Bürgermeisters ergeben sich keine Widersprüche gegen die Teilnahme der bereits bekannten Dokumentarfilmerinnen an der Sitzung. Die Ratsmitglieder erklären sich damit einverstanden, dass Aufnahmen von der Ratssitzung gefertigt werden.

2 Einführung und Verpflichtung von neuen Ratsmitgliedern Vorlage: VIII/0401

Der Bürgermeister bittet Herrn Kinzel - PETO – und Herrn Gunia - SPD - nach

vorne und verpflichtet sie in feierlicher Form durch das Nachsprechen folgender Formel:

"Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Monheim am Rhein erfüllen werde."

Der Bürgermeister und die Ratsmitglieder gratulieren Herrn Kinzel und Herrn Gunia zu ihrer Verpflichtung als Ratsmitglied.

3 Kenntnisnahme der Niederschrift der 6. Sitzung vom 08.07.2010 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

1. Herr Robert Bossmann stellt verschiedene Fragen bezüglich der Planung Baumberg-Ost und die damit einhergehenden Grundstücksangelegenheiten.

- Er fragt, ob der Rat wisse, dass dieser besser beraten wäre, die 13. Änderung des Flächennutzungsplanes heute nicht zu beschließen, um bei den Verhandlungen bzgl. den Bau eines Sportplatzes mit der Fa. Braas eine bessere Verhandlungsposition zu haben und zwischenzeitlich noch juristische Unklarheiten insbesondere hinsichtlich der Kündigung seines Pachtverhältnisses zu klären? Sollte die Stadt das Kirchengrundstück erwerben, würde er auf jeden Fall die Kündigung des Pachtverhältnisses anfechten, so dass in der Folge mit langwierigen juristischen Streitigkeiten zu rechnen sei. Dies ging zu Lasten der Sportler.
- Er fragt, ob bekannt sei, dass bei Ablehnung des durch ihn und Herrn Muhr eingereichten Kompromissvorschlages zur 13. Änderung des FNP das gesamte Baugebiet durch sie attackiert werden würde? Die Vermarktung des Baugebietes würde sich dadurch erheblich erschweren.
- Er fragt an, ob bekannt sei, dass durch das Ignorieren des durch ihn und Herrn Muhr gemachten Kompromissvorschlages und die Ausweisung eines Baugebietes den Kampf gegen den Bau der CO-Pipeline beeinträchtigen würde? Er weist zusätzlich auf den angeschlagenen Gesundheitszustand von Herrn Muhr hin und weist der Stadt eine Mitschuld daran zu. Im Kampf gegen die Pipeline sei Herr Muhr s.E. unverzichtbar.
- Er weist darauf hin, dass bei Beschluss der durch die Verwaltung präferierten Änderung des FNP und dem Ankauf des durch ihn gepachteten Kirchenlandes die PETO ihre Plakate nicht mehr in seiner Scheune deponieren dürfe.
- Er fragt, ob dem Rat bewusst sei, dass die Sportler die Leidtragenden sein

würden, weil bei Durchsetzung des Sportplatzes an der geplanten Stelle in Baumberg-Ost, die Nutzung des Sportplatzes durch ständige Klageerhebung der Anwohner gegen den Sportplatz, der Betrieb stark eingeschränkt werden würde?

- Er fragt an, ob bekannt sei, dass durch ihn das Vorkaufsrecht der Stadt an dem Kirchgrundstück angezweifelt werde, da nach seiner Kenntnis bei Ackerland zunächst immer Landwirten ein Vorkaufsrecht zustehe?
- Er führt weiter aus, dass er in Anbetracht zweier Standort-Alternativen (Kielsgraben und alte BSA) bezweifele, dass der als Grund für die Ausübung des Vorkaufsrechtes angegebene „Allgemeinbedarf“ durchsetzbar sein werde. Dieser Nachweis sei S.E. nicht zu führen.
- Er fragt an, ob bekannt sei, dass er der Kirche ein Kaufangebot über einen Kaufpreis von 200.000,00 EUR unterbreitet habe?

Der Bürgermeister nimmt Stellung und antwortet wie folgt:

- Für die 13. Änderung des Flächennutzungsplanes solle in der heutigen Ratssitzung keine abschließende Beschlussfassung erfolgen, sondern es solle die erneute Offenlage beschlossen werden, um absolute Rechtsicherheit im Verfahrensablauf zu erlangen.
- Bezüglich des vorgelegten Kompromissvorschlages erklärt der Bürgermeister, dass die Abwägung über den Bürgerantrag dem Rat zu überlassen sei; die Anregung nach § 24 GO NRW (hier: Kompromissvorschlag) werde als TOP 10 durch den Rat beraten.
- Ob durch die Ausweisung des Baugebietes der Kampf gegen die CO-Pipeline gravierend geschwächt würde, stellt der Bürgermeister in Frage. Die Stadt Monheim am Rhein kämpfe weiter mit allen Mitteln gegen die Inbetriebnahme der Pipeline. Die gegenseitige Unterstützung von Herrn Muhr und der Stadt Monheim hierbei sei unabhängig von dem Planungsverfahren in Baumberg-Ost zu sehen. Die beiden Verfahren seien getrennt zu betrachten.
- Die Rücknahme der Unterstützung der PETO durch Herrn Bossmann möchte der Bürgermeister nicht kommentieren und verweist ihn zur Kontaktaufnahme an Mitglieder der PETO.
- Bezüglich des Hinweises auf die Sportler als die Leidtragenden wegen zu erwartender Verzögerungen als Folge von juristischen Auseinandersetzungen erklärt der Bürgermeister, dass ein Umschwenken auf den Standort Kielsgraben dieses Problem auch nicht löse, da auch dort in nicht absehbarer Zeit Baurecht geschaffen werden könne. An diesem Standort gestalte sich die Planung noch langwieriger.
- Es sei nicht beabsichtigt, das Vorkaufsrecht auszuüben.
- Der „Allgemeinbedarf“ sei nur im Falle der Ausübung des Vorkaufsrechtes nachzuweisen.
- Dass Herr Bossmann der Kirche ein Kaufangebot unterbreitet habe, sei nicht bekannt gewesen. Durch den Vertragspartner Kirche habe man allerdings keine Information, dass dieser sich nicht an die zwztl. getroffenen Vereinbarungen bzw. Verhandlungsergebnisse halten wolle.

Im Anschluss auf die Ausführungen des Bürgermeisters weist Herr Bossmann nochmals auf den besorgniserregenden Gesundheitszustand von Herrn Muhr hin, der durch die Diskussion um die beabsichtigte Planung verschlechtert würde.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass durch die angedachte Planung die Funktionsfähigkeit des Neuverser Hofes nicht beeinträchtigt werden solle.

2. Herr Andreas Knop, Badgasteiner Weg, weist auf die anlässlich der Planung Baumberg-Ost erstellten Straßenverkehrs- und Lärmschutzgutachten hin. Der maximal erlaubte Wert dürfe 75 dBA betragen. Durch den zu- und abfließenden Verkehr für den Sportplatz entstände zwangsläufig mehr Lärm. Er fragt nach der Finanzierung des Lärmschutzes.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Lärmschutz keine kalkulatorische Maßnahme der Stadt im Zusammenhang mit der Planung darstelle, sondern dass im Rahmen der Erschließungsmaßnahmen der notwendige Lärmschutz sicherzustellen sei.

3. Herr Bernd Rottenberger, Vorsitzender des Kanu-Clubs, fragt nach, wie eine Trennung von Sportlern und Hunden erreicht werden könne, wenn wie geplant, die Hunde hinter dem Bootshaus unangeleint laufen dürfen.

Der Bürgermeister weist auf die im Rat noch vorzunehmende und in den Ausschüssen bereits erfolgte Abwägung hin und führt aus, dass die Abtrennung zwischen Freilauffläche und Clubgelände z. B. durch eine Hecke erfolgen könne. Man könne die Regelungen und vorgesehenen Freilaufflächen beispielsweise nach einem Jahr erneut überprüfen und ggf. bei erheblicher Beeinträchtigung das Freilaufen in bestimmten Bereichen wieder untersagen.

4. Frau Henriette Jansen, Baumberg, erklärt, dass sie auf der Beibehaltung einer angemessenen Hundefreilauffläche in Baumberg bestehe, da sie Hundesteuer in nicht unerheblicher Höhe entrichte.

Der Bürgermeister weist auf die durch die freilaufenden Hunde entstandenen erheblichen Missstände auf dem Ackergelände am Neuverser Hof hin. Deshalb sei der Weg als Freilauffläche aufgegeben und als Alternative das Gelände im Bereich an der Hochspannungsleitung bei den Kleingärten als neue Freilauffläche vorgesehen worden.

5. Herr Jens Trapp erklärt, dass das Gelände an der Alfred-Nobel-Straße als Freilauffläche annulliert werden könne, weil sich dieses s.E. als gänzlich ungeeignet darstellte.

Die Aussage wird zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister weist auf die durchgeführte System-Schulung der Mitarbeiter zum Thema „Beschlusskontrolle“ hin und bittet noch um Geduld hinsichtlich der endgültigen Darstellung im RIS.

Der Rat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

**6 Neuorganisation des Sozialgesetzbuches Zweiter Teil (SGB II) im Kreis Mettmann
Vorlage: VIII/0380**

Nach Begrüßung erteilt der Bürgermeister Herr Krause vom Sozialamt des Kreises zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort.

Der Sprecher der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion aufgrund der ihnen vorliegenden Erkenntnisse insbesondere einer ergänzenden Mitteilung der Kreisverwaltung einer Optionslösung nicht zustimmen werde.

Neben anderen Argumenten gegen die Option führt er insbesondere an, dass die finanziellen Aufwendungen und Risiken nicht überschaubar seien. Außerdem werde die fachliche Qualifikation des einzusetzenden Personals und das Vorhandensein ausreichenden Personals für diese Aufgaben angezweifelt.

Im Hinblick auf die durchzuführenden Aufgaben sei gerade eine hohe Qualifikation der Mitarbeiter das entscheidende Merkmal, um zugunsten der Klienten gute Beratungsergebnisse zu erzielen.

Weitere Argumente, die aus Sicht seiner Fraktion eine Zustimmung verböten, ergäben sich aus Sitzungsvorlagen der Stadt Ratingen zu diesem Thema.

Nach Abwägung aller Argumente und Beratung durch fachkundige Personen würde sich seine Fraktion gegen das Optionsmodell aussprechen, da bisher kein Konzept vorgelegt wurde, welches aufzeige, was der Kreis bei der Aufgabenerledigung besser machen wolle als in der bisherigen Arbeitsgemeinschaft zwischen BA und Kreis.

Der Bürgermeister erteilt der Sprecherin der FDP-Fraktion das Wort.

Sie schließt sich den inhaltlichen Ausführungen ihres Vorredners an und erklärt, dass auch ihre Fraktion der Option nicht zustimmen werde. Insbesondere weist sie auf die nicht kalkulierbaren finanziellen Risiken hin.

Um gerade zu den Umstellungsrisiken und entstehende Kosten Stellung nehmen zu können, erteilt der Bürgermeister Herr Krause das Wort.

Herr Krause erläutert eingehend die Vorlage und erklärt, dass die Umstellungskosten noch nicht beziffert sind, da noch nicht entschieden sei, mit welchem technischen System zukünftig gearbeitet werden solle.

Durch die Vereinheitlichung der Besoldung der Beschäftigten, im Optionsfall nach kommunalem Tarifrecht, entstünden in der Tat Mehrkosten. Dies sei jedoch gerade im Hinblick auf die Beschäftigten der BA positiv zu bewerten.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion erklärt mit Hinweis auf das Eckpunkte-Papier,

aus dem sich nach Auffassung seiner Fraktion stärkere Argumente zugunsten des Optionsmodells ergäben, die Zustimmung zu der Vorlage.

Die durch den Sprecher der PETO-Fraktion aufgeworfenen Fragen werden durch Herr Krause beantwortet. U.a. dass für die Übergangsphase von einem Jahr bis das Optionsmodell greift, kein Mehraufwand entstünde und dass sich sowohl die Wohlfahrtsverbände, der Beirat der Personalräte und der Geschäftsführer der Handwerkskammer eindeutig für die Option ausgesprochen hätten. Wie die Auswahl der an der Option interessierten Kreise und kreisfreien Städte (16 bzw. 17 für 8 Stellen in NRW) erfolgen werde, sei noch nicht bekannt.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion erklärt, dass ihre Fraktion unter Berücksichtigung der bei beiden Modellen bestehenden Chancen und Risiken und der vorliegenden Zustimmung der Wohlfahrtsverbände zur Option, dieser zustimmen werde.

Im Anschluss daran erklärt ein Sprecher der CDU-Fraktion, dass auch seine Fraktion unter Abwägung aller vorliegenden und vorgetragenen Fakten dem Optionsmodell zustimmen werde.

Nach weiterer eingehender Diskussion und dazu ergänzenden Ausführungen von Herrn Krause führt der Bürgermeister abschließend aus, dass die Verwaltung nach Prüfung aller Argumente dem Rat empfohlen habe, dem Beitritt zum Optionsmodell zuzustimmen.

Nach der Abstimmung bedankt sich der Bürgermeister für die Ausführungen von Herrn Krause und wünscht ihm einen guten Heimweg.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein unterstützt den Kreis Mettmann bei der Bewerbung um die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem SGB II in alleiniger Zuständigkeit (Option) zum 01.01.2012.

Abstimmungsergebnis:

34 Ja-Stimmen (12 CDU, 12 PETO, 8 SPD, 1 MfM, 1 BM)
7 Nein-Stimmen (3 FDP, 3 B90/Die Grünen, 1 Linke)

mehrheitlich zugestimmt

7

Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Sicherstellung der Möglichkeit des Schulbesuches für Hartz-IV-Schüler"
Vorlage: VIII/0405

Zu der eingereichten Anregung zitiert der Bürgermeister aus der Antwort-Mail des Geschäftsführers der ARGE ME-aktiv, Herrn Przybilla, der zusichert, dass keinerlei Druck auf Schüler ausgeübt würde, um eine erfolgversprechende Schulausbildung abzubrechen und anstelle dessen eine Ausbildung bzw. Arbeit aufzunehmen, um die Bedürftigkeit ihrer Bedarfsgemeinschaft zu reduzieren.

Der Bürgermeister erklärt ergänzend, dass die Stadt Monheim am Rhein ein großes Interesse an der schulischen Bildung von Kindern unabhängig von den Einkommensverhältnissen der Eltern habe und dass bereits durch das städtische Projekt MoKi die Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien erhöht werden sollen.

In der anschließenden Diskussion über die Bürgeranregung wird die durch die Verwaltung vorgeleistete Arbeit in Form der Einholung von Informationen positiv bewertet.

In der eingehenden teilweise kontrovers geführte Diskussion, ist strittig, ob der Anregung in der vorgelegten Fassung heute beigetreten werden oder ob zunächst weitere Beratung in den Fachausschüssen erfolgen soll.

Grundsätzlich bringen alle Sprecher der Fraktionen zum Ausdruck, dass der im ersten Punkt der Anregung genannten Missbilligung der beschriebenen Übergriffe gefolgt werde.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung den in der Anregung verlangten Bericht über die Handhabung des Themas in Monheim bereits abgegeben habe, so dass dieser Punkt der Anregung nicht mehr zu beschließen sei.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion bittet darum, die Stellungnahme des Geschäftsführers der ARGE ME-aktiv der Niederschrift beizufügen und regt an, die vorliegende Anregung nicht komplett in der vorliegenden Form zu beschließen, sondern zunächst in den Fachausschüssen darüber zu beraten.

Im weiteren Verlauf der Debatte beantragt die Sprecherin der SPD-Fraktion als Kompromiss-vorschlag, dass heute das Anliegen grundsätzlich durch den Rat unterstützt werde, die Detailfragen allerdings noch in den Fachausschüssen beraten und beschlossen werden sollen.

Dieser Kompromissvorschlag wird mehrheitlich ausdrücklich unterstützt.

Beschluss:

Der Rat fasst zu dem Thema „Sicherstellung der Möglichkeit des Schulbesuches für Hartz-IV-Schüler“ folgenden Beschluss:

- Der Rat missbilligt die beschriebenen Übergriffe und Vorfälle.
- Der Rat verweist die Anregung zur weiteren Beratung an den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

8 Strategische Zielplanung Vorlage: VIII/0398

Der Bürgermeister erklärt vor Eintritt in die Diskussion kurz die Grundlagen auf denen die Vorlage erstellt wurde und weist auf die vor der Sommerpause erfolgte ausführliche Präsentation und Vorstellung der strategischen Ziele hin.

Der Sprecher der CDU-Fraktion stellt die durch die CDU-Fraktion erarbeiteten strategischen Ziele anhand einer Powerpoint-Präsentation vor.

Die Präsentation wird dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

Im Verlaufe des Vortrags meldet sich ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einem Antrag zur Geschäftsordnung zu Wort. Er erklärt, dass auch im Hinblick auf die noch abzuarbeitende Tagesordnung, die Ausführungen des Vorsitzenden der CDU-Fraktion viel zu weitreichend seien. Nach Entgegnung des Sprechers der CDU-Fraktion dazu und Erklärungen des Bürgermeisters mit Hinweis auf die Geschäftsordnung, macht der Sprecher der CDU-Fraktion den Vorschlag, seine ihm nach der Geschäftsordnung zustehende zweite Wortmeldung sofort zu in Anspruch zu nehmen und in dieser Zeit seinen Vortrag zu beenden.

Gegen diesen Vorschlag erheben sich keine Bedenken, so dass auf eine Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag verzichtet werden kann.

Im Anschluss an den Vortrag der CDU-Fraktion erteilt der Bürgermeister der Sprecherin der SPD-Fraktion das Wort.

Die Rede wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Anschließend trägt die Sprecherin der PETO-Fraktion ihren Redebeitrag zu den strategischen Zielen vor.

Die Rede wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Diesem Vortrag schließt sich die Rede eines Sprechers der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an.

Die Rede wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion trägt im Anschluss vor, dass ihre Fraktion den durch die Verwaltung vorgelegten Zielen grundsätzlich zustimme, dass über

Einzelheiten in den Fachausschüssen noch beraten und diese konkretisiert werden müssten.

Sie trägt für ihre Fraktion zwei ergänzende Ziele vor, die für ihre Fraktion von besonderer Bedeutung seien.

- Aufbau und Stärkung des örtlichen Handels und der Wirtschaft
- Schaffung einer generationengerechten Stadt unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung

Sie erklärt, dass bei der Ausführung und Umsetzung der Ziele immer die Beachtung der Kostenneutralität oberste Priorität habe.

Wegen der Bedeutung der strategischen Ziele für die Stadt sei es wichtig, wie bereits auch von Vorredner festgestellt, Ziele im großen Konsens zu beschließen. Sie schlägt vor, die vorgelegten Ziele als allgemeine zukünftige Arbeitsgrundlage zu beschließen, deren konkrete Ausführung später ausdiskutiert werden könne.

Der Bürgermeister fasst die Redebeiträge zusammen und stellt fest, dass der Wille erkennbar sei, heute zu einem Beschluss zu kommen, zumal gemeinsame Schnittmengen erkennbar seien. Unter Hinweis auf den Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes schlägt er vor, einen Workshop für den Rat zu organisieren, in dem einzelne Punkte nochmals thematisiert werden könnten, um eine gemeinsame Linie zu finden, die es möglich mache, einen Beschluss zu fassen, der von einer großen Ratsmehrheit mitgetragen werde.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion äußert sich negativ zu den Redebeiträgen der Vorredner und erklärt, dass er eigene Vorschläge der anderen Fraktionen vermisst habe. Da allerdings in der heutigen Sitzung ein Beschluss zu diesem wichtigen Thema gefasst werden solle, beantragt er eine Sitzungsunterbrechung, in der eine Abstimmung über die wesentlichen Inhalte zwischen daran interessierten Fraktionen erfolgen könne.

Der Bürgermeister lässt vor Sitzungsunterbrechung noch die Wortmeldung der Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Die Sprecherin erklärt, dass sie den Vorschlag des Bürgermeisters auf Durchführung eines Workshops sehr begrüße, da ihrer Meinung nach ansonsten heute kein Konsens herzustellen sei.

Im Anschluss erfolgt eine Sitzungsunterbrechung für 30 Minuten.

Der Bürgermeister verliest den während der Sitzungspause erarbeiteten gemeinsamen Vorschlag der CDU- und der PETO-Fraktion.

Ziel 1 - bleibt unverändert

Ziel 2 - Verbesserung der Sozialstruktur im Monheim am Rhein insbesondere im Berliner Viertel

Ziel 3 - Die Stadt Monheim am Rhein nutzt ihre naturräumliche Lage am Rhein um lebens- und sehenswerter zu werden

Ziel 4 - Die Stadt Monheim am Rhein nutzt ihre Lage als Brücke zu den Metropolen Düsseldorf und Köln zur Stärkung von Wirtschaft und Arbeit

Ziel 5 - Die Stadt Monheim am Rhein gestaltet den demografischen Wandel aktiv und sorgt für ein generationengerechtes Miteinander

Die Sprecherin und der Sprecher der vorgenannten Fraktionen erklären und begründen den gemeinsam erarbeiteten Kompromiss zum Beschlussvorschlag. Beide äußern die Hoffnung, dass diesem Kompromissvorschlag auch andere Fraktionen beitreten können und heute ein Mehrheitsbeschluss gefasst werden könne.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass auch mit dem Kompromissvorschlag kein Konsens hergestellt werden könne und dass er dafür plädiere, heute keinen Beschluss zu fassen, sondern zunächst den Workshop zu diesem Thema zu veranstalten.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion macht deutlich, dass seine Fraktion die Überschriften aller 5 Ziele mittrage. Er bemängelt jedoch, dass auch in dem Kompromissvorschlag nichts zu den strategischen Maßnahmen ausgeführt worden sei. Deshalb werde seine Fraktion dem Vorschlag auf Durchführung eines Workshops vor der Ratssitzung im Dezember zustimmen und sich bei einer Abstimmung über den Kompromissvorschlag der Stimme enthalten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion macht ein weiterer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deutlich, dass in Anbetracht der Bedeutung der strategischen Ziele s. E. auf einen Workshop vor endgültiger Beschlussfassung nicht verzichtet werden könne. Deshalb beantrage er jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion abzustimmen.

Der Bürgermeister konkretisiert den Antrag des Vorredners als Antrag auf Ende der Aussprache und weist auf die Geschäftsordnung hin, wonach dieser Antrag nur von jemandem gestellt werden könne, der sich nicht an der Debatte beteiligt habe. Allerdings sichere er zu, dass zunächst der Antrag auf Vertagung vor dem grundsätzlichen Beschluss zur Abstimmung gestellt werde.

Nachdem in weiteren Wortmeldungen Sprecher der Fraktionen von CDU, PETO und SPD nochmals ihre unterschiedlichen Positionen zu dem Thema deutlich gemacht haben, stellt ein Sprecher der PET-Fraktion den Antrag auf Ende der Aussprache.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, hat sich der Geschäftsordnungsantrag damit erledigt.

Der Bürgermeister stellt zunächst den Antrag auf Vertagung mit vorheriger Veranstaltung eines Workshops zur Abstimmung.

13 Ja-Stimmen: 8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 Linke

27 Nein-Stimmen: 12 CDU, 12 PETO, 2 FDP, 1 BM

1 Enthaltung FDP

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über den neu formulierten Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die folgenden strategischen Ziele:

Ziel 1 - Schaffung optimaler Zukunftschancen in der Hauptstadt für Kinder

Monheim am Rhein

Ziel 2 - Verbesserung der Sozialstruktur in Monheim am Rhein insbesondere im Berliner Viertel

Ziel 3 - Die Stadt Monheim am Rhein nutzt ihre naturräumliche Lage am Rhein um lebens- und sehenswerter zu werden

Ziel 4 - Die Stadt Monheim am Rhein nutzt ihre Lage als Brücke zu den Metropolen Düsseldorf und Köln zur Stärkung von Wirtschaft und Arbeit

Ziel 5 - Die Stadt Monheim am Rhein gestaltet den demografischen Wandel aktiv und sorgt für ein generationengerechtes Miteinander

27 Ja-Stimmen 12 CDU, 12 PETO, 2 FDP, 1 BM

5 Nein-Stimmen 3 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 Linke

9 Enthaltungen 8 SPD, 1 FDP

mehrheitlich angenommen

Der Bürgermeister hält abschließend fest, dass aufgrund der Diskussionsbeiträge zu erkennen gewesen sei, dass viele Ratsmitglieder sich grundsätzlich mit den Zielen identifizieren könnten und dass die Bereitschaft vorhanden sei, an der inhaltlichen Ausgestaltung der Ziele in den Fachausschüssen und Gremien mitzuwirken.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die folgenden strategischen Ziele:

1. Schaffung optimaler Zukunftschancen in der Hauptstadt für Kinder Monheim am Rhein
2. Verbesserung der Sozialstruktur in Monheim am Rhein, insbesondere im Berliner Viertel.
3. Die Stadt Monheim am Rhein nutzt ihre naturräumliche Lage am Rhein, um lebens- und sehenswerter zu werden.
4. Die Stadt Monheim am Rhein nutzt ihr Lage als Brücke zwischen den Metropolen Düsseldorf und Köln zur Stärkung von Wirtschaft und Arbeit.
5. Die Stadt Monheim am Rhein gestaltet den demografischen Wandel aktiv und sorgt für ein generationengerechtes Miteinander.

Abstimmungsergebnis über den Antrag auf Vertagung mit der Ergänzung hinsichtlich der Einrichtung eines workshops:

13 Ja-Stimmen (8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 Linke)

27 Nein-Stimmen (12 CDU, 12 PETO, 2 FDP, 1 BM)

1 Stimmenthaltung (FDP)

Abstimmungsergebnis über den Kompromissvorschlag (Erweiterung auf 5 Ziele)

27 Ja-Stimmen	(12 CDU, 12 PETO, 2 FDP, 1 BM)
5 Nein-Stimmen	(3 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 Linke)
9 Enthaltungen	(8 SPD, 1 FDP)

mehrheitlich zugestimmt

9 Abdeckung und Finanzierung zukünftiger Pensionslasten Vorlage: VIII/0390

Der Bürgermeister begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Stock, Büro für Kommunalbetreuung, die eingeladen wurde, um noch offene Fragen der Ratsmitglieder zu beantworten.

Die Verwaltung teilt auf die Frage der Sprecherin der SPD-Fraktion hinsichtlich der Haltung der Aufsichtsbehörde zu dem beabsichtigten Verfahren mit, dass diese zugesagt habe, die Stadt Monheim bei diesem Projekt konstruktiv zu begleiten. Kritisch werde das Thema Kreditfinanzierung des Einmalbeitrags für die Charge der älteren Beschäftigten gesehen. Hierzu sei weiterer Abstimmungsbedarf erforderlich.

Der Sprecher der CDU-Fraktion trägt die grundsätzlichen Erwägungen seiner Fraktion zu diesem Thema vor.

Er führt aus, dass nicht nur das von der Verwaltung bevorzugte Lösungsmodell der Finanzierung über eine Rückdeckungsversicherung betrachtet werden dürfe, sondern auch die klassische Fondslösung nicht außer acht gelassen werden dürfe. Er weist auf eine Modellrechnung der Rheinischen Versorgungskassen hin, wie eine Finanzierung aufgrund eines Fondsmodells aussehen könne. Dieses Modell sei im Beisein von Vertretern anderer Fraktionen, des Kämmerers und Frau Stock in der CDU-Fraktion vorgestellt worden.

Um die richtige Entscheidung hinsichtlich der Abdeckung und Finanzierung zukünftiger Pensionslasten treffen zu können, müssten alle in Betracht kommenden Modelle unter Zugrundelegung gleicher Voraussetzungen gerechnet werden. Damit ein Vergleich zwischen dem in der Beschlussvorlage vorgelegten Versicherungsmodell und einer Fondslösung gezogen werden könne, beantragt er für seine Fraktion, solch ein Modell bis zur nächsten Ratssitzung vorzulegen.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bekundet ebenfalls ihr Interesse an der Gegenüberstellung beider Modellvarianten. Weiterhin solle die Verwaltung die mit den jeweiligen Modellen verknüpften Risiken noch näher erläutern. Die zur Verfügung gestellten Unterlagen reichten nicht aus, um heute eine Entscheidung treffen zu können.

Nach Hinweis auf die schwerwiegenden Gründe gegen das Fondsmodell und der

Bitte um weitere Erläuterungen erteilt der Bürgermeister Frau Stock das Wort.

Frau Stock erklärt unter Hinweis auf die Studie, die in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PKF Fasselt Schlage durchgeführt wurde, und die Verwaltungsvorlage, warum die Versicherungslösung zur Beschlussfassung vorgelegt werde.

Wichtig für die Beamtenversorgung sei die Einhaltung der Haushaltsgrundsätze, insbesondere im Hinblick auf Sicherheit und Rentabilität einer Kapitalanlage. Wobei der Sicherheit immer der Vorrang einzuräumen sei.

Fondslösungen seien zwar auch flexibel, aber es bestünde in der Regel das Problem, dass regelmäßig keine Mindestverzinsung vorgegeben sei und es es sei das Risiko des Wertverlustes gegeben. Als weiteres Problem stelle sich die angemessene Liquiditätsplanung als zweifelhaft dar. Bei sog. Garantiefonds würde der Kapitalerhalt gewährleistet, allerdings gestalte sich die Flexibilität im Zugriff schwierig.

Die Verantwortung für biometrische Risiken stelle einen wichtigen Punkt bei der Beurteilung des vorgeschlagenen Modells dar. Es bestünde seitens der Kommunen die verfassungsrechtliche Verpflichtung, ihren Beamten bis zum Lebensende eine Versorgungszahlung zu gewährleisten. Die Höhe des entstehenden Finanzbedarfs müsse jährlich neu bemessen werden. Bei einer Fondslösung sei diese Bemessung mit einem hohen administrativen Aufwand durch die Verwaltung vorzunehmen. Dieses biometrische Risiko werde bei der Versicherungslösung durch diese übernommen.

Nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz betrage der Basissatz der Mindestverzinsung derzeit 2,25 %. Weiterhin bestehe für jedes Versicherungsunternehmen die Verpflichtung, seine Kunden in Form der Überschussanteile zu beteiligen.

Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen erläutert Frau Stock eingehend die Gründe, die zu der Beschlussvorlage geführt hätten. Die Ergebnisse der durchgeführten Studie seien nach Überprüfung in Monheim auch hier zutreffend gewesen, so dass die Verwaltung sich für die Versicherungslösung ausgesprochen habe.

Der Kämmerer führt ergänzend aus, dass der Vortrag der Rheinischen Versorgungskassen hinsichtlich der Fondslösung nicht vergleichbar mit der der Versicherungslösung gewesen sei, da man zwar von gleichen Beträgen aber nicht von gleichen Leistungen ausgegangen sei. Dies habe ihm auch ein Vertreter der Rheinischen Versorgungskassen bestätigt. Außerdem bestünde der merkantile Unterschied im Gegensatz zur Versicherungslösung darin, dass bei Verbrauch des Fondsbetrages keine weiteren Leistungen mehr erfolgen würden.

Wichtigstes Entscheidungsmerkmal zugunsten der Versicherungsleistung sei der Sicherheitsaspekt gewesen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion unterstützt den Antrag seines Fraktionsvorsitzenden auf Vertagung dieses Tagesordnungspunktes, da die Vorlage den Ratsmitgliedern erst 3 Tage vor der Sitzung des HaFi zugegangen und deshalb nicht genügend Zeit gewesen sei, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Dies sei besonders unter Berücksichtigung der finanziellen

Dimension unabdingbar.

Ein weiteres Ratsmitglied der CDU-Fraktion erklärt, dass eine Beschlussfassung ohne weitere ergänzende Informationen heute nicht zuträglich sei. Immerhin gehe es um die Finanzierung eines Betrages in Höhe von annähernd 18 Mio. Euro.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass insbesondere der Aspekt der Sicherheit der Grund dafür sei, dass seine Fraktion der vorgeschlagenen Versicherungslösung zustimmen werde.

Auch ein Sprecher der PETO-Fraktion führt aus, dass seine Fraktion der Versicherungslösung zustimmen werde. Der Unterschied in der Performance von Versicherungs- als auch Fondslösungen sei nicht immens, allerdings biete nur das Versicherungsmodell die ausreichende Sicherheit und das sei ausschlaggebend.

Er beantragt nach der durchgeführten Ausschreibung dem Rat zur Abstimmung vorzulegen, ob das Lösungsmodell 1 „mit Einmalzahlung“ oder das Modell 2 „mit laufendem Beitrag“ gewählt werden soll.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt, dass auch in ihrer Fraktion der Sicherheitsaspekt und die Haushaltsgrundsätze Vorrang haben und sie sich deshalb für die Versicherungslösung aussprechen würde.

Die Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist bei einer Versicherungslösung auch mit Prämien erhöhungen zu rechnen?
2. Besteht bei der EU-weiten Ausschreibung die Wahrscheinlichkeit, dass auch ein Versicherungsunternehmen obsiegen könne, welches nicht zuverlässig oder nicht finanzkräftig sei?
3. Wie hoch sind die Aussichten auf die Zustimmung der Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Kreditfinanzierung?

Frau Stock beantwortet die Fragen wie folgt:

1 In der Ausschreibung wird eindeutig vorgegeben, wie hoch der Finanzbedarf für die Pension ist. Der Finanzbedarf ist Bestandteil der Leistungsbeschreibung und des Gesamtvertrages. Es wird in der Leistungsbeschreibung festgelegt, in welchem Umfang zu dem Beitrag auch eine Besoldungsanpassung zu berücksichtigen ist.

2. Nach den Vorschriften des Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind bei einer EU-Ausschreibung Bewertungskriterien festzulegen, die zu gewichten sind. Die durch die Bewerber zu erfüllenden technischen, wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen sind eindeutig und klar festzulegen. Unternehmen, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen können, können bei der Bewerbung bereits ausgeschlossen werden.

Ohne die Konzession, eine Renten- oder Lebensversicherung in Deutschland betreiben zu können, ist die Teilnahme an der Ausschreibung schon unmöglich. Mit der Konzession sei das Unternehmen dem Versicherungsaufsichtsgesetz und dem Versicherungsvertragsgesetz unterworfen und damit der regelmäßigen Überwachung der BAFin.

3. Die Absicherung der Beamtenversorgung ist eine kommunale Pflichtaufgabe, auch der HSK-Kommunen - und auf Nachfrage hat der Innenminister erklärt, dass zumindest die Beträge, die für die Tarifbeschäftigten für die gesetzliche Rentenversicherung anfallen, muss die Kommune auch für eine entsprechende Rückversicherung der Beamten bereitstellen. Bei HSK-Kommunen wird ganz besonders auf die Wirtschaftlichkeit und die Sicherheit der Anlage Wert gelegt.

Ergänzend führt der Kämmerer bzgl. der Kreditaufnahme für die Finanzierung des Versicherungsmodells aus, dass die Aufsichtsbehörde Kreis Mettmann sich dahingehend geäußert habe, dass aus ihrer Sicht für eine HSK-Kommune nur eine Versicherungslösung in Frage käme, weil keine frei verfügbaren Mittel zur Verfügung ständen, um in einen Fonds einzuzahlen. Die Aufsichtsbehörde werde sich auf jeden Fall beim IM die Zusicherung einholen, ob bei einer Nothaushaltsgemeinde die geplante Finanzierung geduldet werden könne. Es wurde zugesichert, dass nach der durchgeführten Ausschreibung beide Lösungsmodelle „mit Einmalzahlung“ oder „laufende Beitragszahlung für alle Jahrgänge“ zur Prüfung vorgelegt werden würde. Welches Modell das günstigere sei, könne definitiv erst nach der Ausschreibung gesagt werden.

Im weiteren Verlauf der Debatte macht ein Sprecher der CDU-Fraktion deutlich, dass für die Stadt das wirtschaftlich beste Ergebnis erzielt werden müsse. Auf der durch die Verwaltung vorgestellten Informationsbasis, in der eine Fondslösung nicht weiter berücksichtigt worden sei und nur die Vorteile einer Lösung vorgestellt worden seien, könne heute ein Beschluss nicht gefasst werden. Erst wenn man die Wirkung der unterschiedlichen Systeme richtig verstehe, könne man eine Entscheidung darüber treffen, welches das bessere sei. Deshalb halte er es weiterhin für sinnvoll vor einem Ratsbeschluss Vertreter der Rheinischen Versorgungskassen einzuladen, damit diese auch die Fondslösung vorstellen könnten.

Nachdem der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen deutlich gemacht hat, dass bei einer zu beschließenden Kreditaufnahme von fast 18 Mio. EUR alle Ratsmitglieder die Vorlage verstanden haben sollten. Da allerdings noch Bedenken gegen bestehende Vorlage geäußert worden seien, stellt er den Antrag auf „Schluss der Aussprache“ mit der Maßgabe, einen Beschluss über den weitergehenden Antrag zu fassen, den TOP zu vertagen und zur nächsten Ratssitzung noch eine Gegenüberstellung der verschiedenen Modelle vorzulegen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion spricht sich für den Geschäftsordnungsantrag des Mitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, da er aufgrund der vorherigen Diskussion der Auffassung sei, dass noch Aufklärungsbedarf vorhanden sei.

Abstimmung über den Antrag auf „Schluss der Aussprache“:

40 Ja-Stimmen: 12 CDU, 12 PETO, 7 SPD, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 3 FDP, 1 MfM, 1 Linke, 1 BM
1 Gegenstimme: SPD

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmung über den Antrag auf Vertagung und erneute Beratung in der nächsten Ratssitzung unter Darstellung der Fondslösung:

16 Ja-Stimmen: 12 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 Linke
25 Nein-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 3 FDP, 1 MfM, 1 BM

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über die Verwaltungsvorlage mit Ergänzung:

4. Vor der Auftragserteilung sind dem Rat die Ausschreibungsergebnisse unter Vorlage der möglichen Varianten zur Beschlussfassung vorzulegen.

28 Ja-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 3 FDP, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 MfM, 1 BM

13 Enthaltungen: 12 CDU, 1 Linke

einstimmig bei Enthaltungen beschlossen

Der Bürgermeister bedankt sich bei Frau Stock und wünscht ihr eine gute Heimfahrt.

Beschluss

1. Zur Sicherstellung der nachhaltigen Finanzierung zukünftiger Pensionslasten für die aktiven Beamtinnen und Beamten der Stadt Monheim am Rhein werden die hierfür notwendigen Finanzmittel beginnend mit dem 01.01.2011 in eine Renten-/ Lebensversicherung angelegt.
2. Der Rat der Stadt beauftragt die Verwaltung, entsprechend der vergaberechtlichen Vorschriften eine europaweite Ausschreibung vorzubereiten. Die Vergabe erfolgt in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt.
3. Die notwendigen Haushaltsmittel werden bereitgestellt.
4. Vor der endgültigen Auftragserteilung sind dem Rat die Ausschreibungsergebnisse unter Vorlage der möglichen Varianten zur Beschlussfassung vorzulegen.

einstimmig zugestimmt

Ja 28 Enthaltung 13

Nach der Abstimmung macht der Bürgermeister auf die Gepflogenheit des Rates aufmerksam, wonach bei Überschreiten der 22 Uhr-Marke der Rat entscheide, ob die Sitzung fortgeführt, verschoben oder beendet werden solle.

Er weist daraufhin, dass er es aus terminlichen Gründen für dringend erforderlich halte, dass im öffentlichen Teil noch über die TOP 10 „Übernahme der Rechnungsprüfung durch den Kreis“ (mit Hinweis auf die morgige Sitzung des Kreistages), TOP 12 „13. Änderung des Flächennutzungsplanes (Baumberg-Ost)“, TOP 19 „Offenhalten von Verkaufsstellen“, TOP 25 „Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien“ und TOP 4 „Grundstücksangelegenheit“ im nichtöffentlichen Teil der Sitzung beraten werden müsse.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion schlägt für ihre Fraktion vor, die Tagesordnung so zu kürzen, dass zunächst TOP 12 „13. Änderung des Flächennutzungsplanes (Baumberg-Ost), dann TOP 25 „Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien“ und danach den TOP 4 „Grundstücksangelegenheit“ der nichtöffentlichen Sitzung zu behandeln. Unter Hinweis auf die große Anzahl von Zuhörern sei eine Vertagung der Sitzung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu rechtfertigen.

Die Sprecherin der FDP-Fraktion erklärt unter Hinweis auf die fortgeschrittene Zeit, dass ihre Fraktion nicht mehr bereit sei, mehr als den folgenden auf der TO stehenden TOP 10 „Übernahme der Rechnungsprüfung durch den Kreis“ zu beraten.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion schlägt unter Hinweis auf die Brisanz und Wichtigkeit der zur Beratung anstehenden Tagesordnungspunkte und dass damit zu rechnen sei, dass diese nicht in kurzer Zeit abgearbeitet werden könnten vor, die Beratung zu vertagen. Es sei sicherlich auch im Sinne des Publikums den Fortsetzungstermin dann mit der Beratung über die wichtigen Vorlagen zu beginnen.

Der Bürgermeister stellt seinen Vorschlag, die Sitzung mit der Beratung über die TOP 10, 12, 19 und 25 im öffentlichen Teil und TOP 4 im nichtöffentlichen Teil fortzuführen zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

19 Ja-Stimmen: 11 PETO, 7 SPD, 1 BM

21 Nein -Stimmen: 12 CDU, 3 FDP, 1 MfM, 1 Linke, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 SPD

1 Enthaltung PETO

(Der Zählvorgang gestaltete sich schwierig; es war ein Nachzählen durch den BM erforderlich. Auf den Vorwurf der CDU-Fraktion, dadurch das Abstimmergebnis beeinflussen zu wollen, machte der BM deutlich, dass er bei weiterer Störung einen Ordnungsruf erteilen werde.)

Der Vorschlag des Bürgermeisters, die Tagesordnung wie vorgeschlagen fortzusetzen, ist damit mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend erfolgt die Abstimmung darüber, ob die Sitzung auf den Fortsetzungstermin am 28.10.2010 vertagt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

20 Ja-Stimmen: 12 CDU, 3 FDP, 1 MfM, 3 Bündnis90/Die Grünen, 1 Linke

21 Nein-Stimmen: 8 SPD, 12 PETO, 1 BM

Die Ratssitzung wird aufgrund dieses mehrheitlichen Beschlusses unverändert fortgesetzt.

Die Sitzung wird auf Antrags des Sprechers der CDU-Fraktion für 10 Minuten unterbrochen.

**10 Übernahme der Aufgaben der Rechnungsprüfung der Stadt Monheim am Rhein durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann
Vorlage: VIII/0378/1**

Während der Beratung machen die Fraktionen ihre unterschiedliche Haltung zu

dem Thema Beibehaltung der örtlichen Rechnungsprüfung bzw. Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises Mettmann mit den Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung deutlich.

Die PETO-Fraktion und die CDU-Fraktion erklären, dass sie der Beauftragung des Rechnungsprüfungsamtes des Kreises zustimmen werden, weil man sich dadurch das dort vorhandene umfangreichere Wissen zunutze machen und zugleich Einsparungen bei den Personalkosten erzielen könne.

Die Sprecherin der SPD-Fraktion macht ihre Gründe deutlich, weswegen der Rat der Übernahme der Prüfaufgaben durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann nicht zustimmen dürfe. Auf ein vorprüfendes Rechnungsprüfungsamt vor Ort, das zur Steuerungsunterstützung herangezogen werden könne und das eingehende Kenntnisse der Verwaltungsstrukturen besitze, dürfe nicht verzichtet werden. Außerdem gäbe der Rat seine einzige ausschließlich ihm obliegende Personalentscheidung, nämlich der Bestellung bzw. Abberufung der Rechnungsprüfer, aus der Hand.

Der Sprecher der Fraktion B90/Die Grünen macht deutlich, dass sie ihre Entscheidung nicht von möglichem Einsparpotenzial abhängig machen wolle, sondern dass für die Entscheidung einzig Fakten sprechen dürften. Der oberste Zweck und das Ziel der Rechnungsprüfung sei die Aufdeckung von Korruption und das frühzeitige Erkennen von Misswirtschaft. Dafür sei die räumliche Nähe und die Kenntnisse der Arbeitsabläufe in der Verwaltung notwendig. Nach Abwägung aller Fakten könne seine Fraktion nur gegen die Aufgabe des eigenen Rechnungsprüfungsamtes stimmen.

Ein Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass die zu gewinnende Qualität bei der Aufgabenwahrnehmung durch das Kreis-RPA mit 13 Mitarbeitern bei gleichzeitig sinkenden Kosten seine Fraktion bewogen habe, sich für die Abgabe der Aufgaben an das Kreis-RPA zu entscheiden.

Bezüglich der Regelung in § 5 Abs. 3 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, wonach bei Fehlen einer anforderungsgerechten Aufgabenerledigung allein der Kreis einseitig berechtigt werde, eine vorzeitige Beendigung der Abordnung zu verlangen, entwickelt sich eine ausführliche Diskussion, in der es speziell um die Stärkung der Position der Stadt Monheim am Rhein im Rahmen der abzuschließenden Vereinbarung geht. Die Vereinbarung solle dahingehend ergänzt werden, wonach eine vorzeitige Beendigung der Abordnung des Einvernehmens zwischen beiden Vertragspartnern bedarf.

Die Verwaltung weist im Verlauf darauf hin, dass die vorliegende öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit denen vergleichbar sei, die bereits weitere kreisangehörige Gemeinden mit dem Kreis Mettmann in gleicher Angelegenheit abgeschlossen hätten. Es sei bekannt, dass die Städte mit der durch das Kreis-RPA geleisteten Arbeit zufrieden sei.

Eine Ergänzung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung, wonach die vorzeitige Beendigung der Abordnung nur in beiderseitigem Einvernehmen der Vertragspartner möglich sein soll, wird kontrovers mit dem Ergebnis diskutiert, dass der Beschlussvorschlag um diese Formulierung ergänzt werden soll. Nach

ausführlichen Erläuterungen durch die Verwaltung wird die Ergänzung bzw. Änderung der Vereinbarung mit Blick auf das Landesbeamtengesetz, welches eindeutige Regelungen zu Personalabordnungen vorsehe, als für nicht notwendig erachtet.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag mit Ergänzung zu Punkt 4 zur Abstimmung.

Beschluss

1. Die Aufgaben der örtlichen Rechnungsprüfung werden ab 01.01.2011 durch das Rechnungsprüfungsamt des Kreises Mettmann wahrgenommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung auf Basis des beigefügten Entwurfs mit dem Kreis Mettmann abzuschließen.
3. Die Verwaltung legt dem Rechnungsprüfungsausschuss bis spätestens 31.01.2012 einen Sachstandsbericht über den bisherigen Verlauf der interkommunalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rechnungsprüfung vor.
4. Eine vorzeitige Beendigung der Abordnungen bedarf des Einvernehmens zwischen den Vertragspartnern.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen (12 CDU, 12, PETO, 3 FDP, 1 BM)
13 Nein-Stimmen (8 SPD, 3 B90/Die Grünen, 1 MfM, 1 Linke)

mehrheitlich zugestimmt

Im Anschluss an die Abstimmung erklärt ein Sprecher der CDU-Fraktion, dass eine Fortsetzung der Sitzung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr zumutbar sei.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion erwidert, dass eine Ratsmehrheit für die Fortsetzung der Sitzung gestimmt habe.

Sie schlage jedoch vor, die öffentliche Sitzung jetzt zu vertagen und den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vorzuziehen.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den weitergehenden Antrag, die Sitzung zu beenden und am bekannten Fortsetzungstermin fortzuführen.

Der Bürgermeister macht vor Abstimmung über die Anträge deutlich, dass der Fortsetzungstermin 28. Oktober für die Beschlussfassung über die anstehenden Beschlüsse im öffentlichen Teil „Änderung des Flächennutzungsplanes“ und im nichtöffentlichen Teil „Grundstücksangelegenheit“ eine unglückliche Verzögerung im Hinblick auf die Umsetzung des Sportstätten-konzeptes bedeuten würde.

Abstimmung über den Antrag, die Sitzung sofort zu unterbrechen und zum Fortsetzungstermin fortzuführen:

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen: 12 CDU, 3 FDP, 1 MfM, 1 Linke

22 Nein-Stimmen: 12 PETO, 8 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 BM

2 Enthaltungen Bündnis 90/Die Grünen

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über den Antrag, sofort in den nichtöffentlichen Teil einzutreten:

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen: 8 SPD, 12 PETO, 7 CDU, 1 BM

13 Nein-Stimmen: 5 CDU, 3 FDP, 1 MfM, 1 Linke, 3 Bündnis 90/Die Grünen

mehrheitlich angenommen

Der Bürgermeister weist auf Nachfrage zu dem Beschluss darauf hin, dass der öffentliche Teil der Sitzung vertagt und am Fortsetzungstermin fortgeführt und selbstverständlich nicht nach dem vorgezogenen nichtöffentlichen Teil fortgeführt werde.

Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den Zuhörern.

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen

**11 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW - "Kompromissvorschlag zur 13. Änderung des Flächennutzungsplanes - Bebauung Baumberg-Ost"
Vorlage: VIII/0410**

vertagt

**12 13. Änderung des Flächennutzungsplanes (Baumberg Ost) der Stadt Monheim am Rhein
- Behandlung der Anregungen
- Feststellungsbeschluss
Vorlage: VIII/0340/1**

vertagt

**13 Aufhebung des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 49.2 M "Körnerstraße"
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0320**

vertagt

14 Bebauungsplan Nr. 57 B - Hauptstraße / Humboldtstraße / Fröbelstraße

- Abwägung der eingegangene Anregungen
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0346

vertagt

15 Bebauungsplan Nr. 114M "Erweiterung Rathauscenter" 1. Änderung
- Satzungsbeschluss
Vorlage: VIII/0350

vertagt

16 Satzung der Stadt Monheim am Rhein zur Abänderung der Fristen bei der
Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen
Vorlage: VIII/0368

vertagt

17 Abwasserbeseitigungskonzept
Vorlage: VIII/0352

vertagt

18 Änderung der Anlage 1 zu § 5 der ordnungsbehördlichen Verordnung zur
Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet
der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0336

vertagt

19 Erlass einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das
Offenhalten von Verkaufsstellen vom 20.04.2010
Vorlage: VIII/0349

vertagt

20 Satzung zur 1. Änderung der "Verwaltungsgebührensatzung der Stadt
Monheim am Rhein vom 19.12.2007"
Vorlage: VIII/0361

vertagt

- 21 Anpassung der Gesellschaftsverträge bzw. Satzungen der
Beteiligungsunternehmen der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0387/3**
- vertagt**
- 22 Verleihung des Integrationspreises 2010 der Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: VIII/0392**
- vertagt**
- 23 Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung -
- Ulla-Hahn-Haus
Vorlage: VIII/0374**
- vertagt**
- 24 Neubau einer Kindertagesstätte auf dem Gelände der ehemaligen Wilhelm-
Busch-Schule
- Information zur Kostensituation
Vorlage: VIII/0327**
- vertagt**
- 25 Nachwahlen für Ausschüsse und Gremien
Vorlage: VIII/0402**
- vertagt**
- 26 Mündliche Mitteilungen**
- vertagt**
- 27 Mündliche Anfragen**
- vertagt**